Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2020/0932

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	15.12.2020			

Betreff: Entwurf des Kreishaushaltes 2021/2022
Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden

Mitteilungstext:

Mit Schreiben vom 3. November 2020 hat der Landrat das Verfahren zur Benehmensherstellung gem. § 55 der Kreisordnung zur Festsetzung der Kreisumlage für die Jahre 2021 und 2022 eingeleitet (Anlage 1). Mit der Einleitung wurde zudem das Eckdatenpapier der Kreiskämmerei übersendet, in dem die wesentlichen Eckdaten für den geplanten Doppelhaushalt 2021/2022 zusammengefasst sind (Anlage 2).

Nach der Übersendung des Eckdatenpapiers erfolgte seitens des Landes NRW noch eine Korrektur der Orientierungsdaten für die Umlagegrundlagen. Daraufhin übermittelte der Landrat mit Schreiben vom 9. November 2020 geänderte Umlagesätze für die Jahre 2023 bis 2025 (Anlage 3).

Zu dem Eckdatenpapier haben sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister am 6. November und die Kämmerinnen und Kämmerer der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises in ihrer Tagung am 11. November 2020 intensiv ausgetauscht. Es war der Wunsch aller Beteiligten, eine inhaltlich gleichlautende Stellungnahme aller Kommunen an den Rhein-Sieg-Kreis abzugeben. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Lage der Corona-Pandemie absehbar dramatische Folgen für die Finanzen aller Kommunen hat und zum Teil erheblichen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf mit sich bringen wird. Nur durch eine einheitliche Stellungnahme kann der Ernst der Lage transportiert und den Forderungen an den Kreis Nachdruck vermittelt werden.

Alle Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis werden sich wie folgt positionieren:

- Die grundsätzliche Bereitschaft des Rhein-Sieg-Kreises, Eigenkapital zur Deckung von Plandefiziten einzusetzen, wird begrüßt.
- Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bitten
 - die coronabedingten Belastungen des Rhein-Sieg-Kreises darzustellen, diese entsprechend den Vorgaben des NKF-CIG zu isolieren und im Jahr 2024 unter Nutzung des Wahlrechtes gegen Eigenkapital auszubuchen,
 - die Entlastungen aus der jetzt 75-prozentigen Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund im Haushaltsjahr 2020 den

Mitgliedskörperschaften zu erstatten und in den Folgejahren umlagewirksam zu verrechnen.

- Die kreisangehörigen Kommunen regen an, durch weitere Konsolidierungsmaßnahmen – beispielsweise den Ansatz eines globalen Minderaufwandes – zu einer Senkung von Plandefiziten beizutragen und dabei insbesondere die Zielsetzung einer Verstetigung von Umlagebelastungen zu verfolgen.

Die Stellungnahme der Stadt Troisdorf wurde entsprechend verfasst. Das Schreiben vom 27.11.2020 ist als Anlage 4 beigefügt.

In Vertretung

Horst Wende
Beigeordneter und Stadtkämmerer